



Wochenchrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Bezug: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Abspaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 27. Berlin, 7. Juli 1934. 15. Jahrg.

Inhalt: 2. 205. Fremde Gewalt über Memel. / S. 214: Politische Innenpolitik. / S. 215: Schicksal, das deutsche Wirtschaftsbildern im Osten. / S. 217: Innenpolitische Entwicklung in Letland und Estland. / S. 218: Der Ausbau des sowjetischen Eisenbahnnetzes. — Ostland-Rote. / S. 220: Nationalsozialismus und Weltfragen. / S. 220: Polen kämpft um seinen Export. — Kulturleben des ostpreussischen Industriegebietes. / S. 221: Das „Jahr des Meeres“ in Ostpreußen. — Die politischen Arbeiter in Frankreich. — Die Wirtschaft im Ostmark. / S. 222: Zeitungslandschaftliches Gesellschaftscenter. — Der erste Weltkrieg. / S. 223: Literaturbericht. / S. 224: Räuber.

Fremde Gewalt über Memel.

Trotz der sich stetig steigenden Angriffe von litauischer Seite hatte der Präsident des Memeldirektoriums Dr. Schreiber auf dem Posten ausgeharrt, auf den er durch das Vertrauen der Memelbevölkerung gestellt worden war. Am 28. Juni versuchte nun der litauische Memelgouverneur Dr. Raokas, den Präsidenten zunächst zum freiwilligen Rücktritt zu bewegen. Als ihm das nicht gelang, erklärte er Dr. Schreiber für abgesetzt und berief den Litauer Martin Keisgys zum Präsidenten, der seinerseits zwei weitere Litauer, das Mitglied der Landratskammer Martin Smeilins aus Mas-Majuden und den Kulturinspektor des Kreises Heydrung Albert Jonuschat aus Heydrung, ins Direktorium berief.

Es handelt sich hier um einen offenen Bruch des Memelstatuts. Im dessen Artikel 17 Abs. 2 heißt es: „Der Präsident wird vom Souveränen ernannt und bleibt so lange im Amt, als er das Vertrauen des Landtages hat. . . . Das Memeldirektorium muß das Vertrauen des Landtages haben und muß zurücktreten, wenn der Landtag ihm sein Vertrauen verweigert.“ Demnach hat der Memelgouverneur zwar das Recht, den Präsidenten des Landesdirektoriums zu ernennen; er hat aber keinesfalls das Recht, den Präsidenten abzusetzen, solange dieser das Vertrauen des Landtages besitzt; und er ist auch nicht berechtigt, dem Memelgebiet einen Präsidenten aufzuzwingen, der nicht das Vertrauen des Landtages genießt. Es besteht nun aber kein Zweifel, daß Dr. Schreiber gegen den Willen des Landtages und damit gegen den Willen der meist überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Memelgebietes von dem litauischen Gouverneur abgesetzt worden ist; und ebenso ist es von vornherein klar, daß der von Raokas neu ernannte litauische Präsident vom Memellandtag glatt abgelehnt wird. Das Direktorium Schreiber war rein deutsch; das ebenfalls auch der Zusammenkunft des im Jahre 1932 gewählten und noch heute bestehenden Landtages, unter dessen 29 Abgeordneten sich 24 Deutsche befinden. Jetzt ist die Spitze der Selbstverwaltung des Memelgebietes durch Rechtsbruch und Gewalt in die Hand eines Direktoriums gelegt worden, dessen Mitglieder zwar Memelbürger sind, aber politisch völlig außerhalb der memelländischen und d. h. der ganz überwiegend deutsch-germanen Volksgemeinschaft stehen.

Die Abberufung Dr. Schreibers ist mit derselben zielgenauen Begründung erfolgt, die schon seit Monaten in der litauischen Hebe gegen ihn, als den Repräsentanten der Memelautonomie, als richtunggebend erschien. Das betreffende Schreiben des Gouverneurs an Dr. Schreiber beginnt mit den Worten: „Da ich Ihre und des von Ihnen geleiteten Direktoriums Tätigkeit und Haltung hinsichtlich der Sozialistischen Volksgemeinschaft und der Christlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft als für die Unversehrtheit des litauischen Territoriums gefährlich erachte, . . .“ Diese seltsame Argumentation hat sich natürlich auch der neuem, vom Gouverneur dem Memelgebiet aufoktroyierte Präsident Keisgys zu eigen gemacht; er spricht in einer von der litauischen Telegraphenagentur verbreiteten Rundrede davon, daß sich im Memelgebiet, „von einer fremden Macht unterstützt, unter dem Besamtel des Statuts staatsfeindliche Organisationen gebildet“ hätten, „die das Gebiet Litauen entreißen und die Autonomie vernichten wollten“. Das von ihm geleitete Direktorium werde „solche staatsfeindlichen Elemente nicht dulden und mit aller Strenge ihnen eine weitere Tätigkeit unmöglich machen.“ Diese Begründung des litauischen Gewaltaktes widerspricht den Tatsachen. Niemand im Memelgebiet und im Reich hat jemals ernstlich daran gedacht, das Gebiet

dem litauischen Staate mit Gewalt zu entreißen. Alle Bemühungen von litauischer Seite, etwas Derartiges nachzujawellen, sind lächerlich und verlogen, sind in unermessbaren Verdrängungen und bösmütigen Entstellungen steckengeblieben. Wenn man aber auf litauischer Seite wirklich von der Wahrheit der gegen die deutschen Memelländer erhobenen Vorwürfe überzeugt sein sollte, so könnte man darin nur die Aufregung eines geradezu mitleidserregenden Minderwertigkeitsbewußtseins erblicken; und zwar eines Minderwertigkeitsbewußtseins, von dem weniger das litauische Volk als solches, als gerade seine herrschenden Kreise angefaßt der nationalsozialistischen Erneuerung im deutschen Reichbarlande erfaßt worden sind. Diese Kreise verlassen in ihrem Volke den Glauben zu zweifeln, daß die litauische Selbständigkeit nur durch die Entbehrung des Memelgebietes, des „litauischen Zugangs zum Meer“, zu sichern sei, — während sie in Wirklichkeit durch eben diese Politik ihr Volk um die gemäß nicht zu verachtende Freundschaft eines großen Nachbarvolkes betrügen.

Die Ablehnung des vom Vertrauen der Memelbevölkerung getragenen Direktoriums ist der schwerste Schlag, den die vom Gouverneur Raokas getretene „Regierung der harten Hand“ bisher gegen die vertriebenen Rechte des Memelgebietes geführt hat. Es liegt ganz offensichtlich ein Fall vor, der das Eingreifen der Signatur mächte verlangt. Das Vorgehen der Litauer im Memelgebiet ist eine glatte Verhöhnung der für die Einhaltung der Bestimmungen des Memelgebietes verantwortlichen Mächte und eine dreifache Spekulation auf deren Anaktivität. Diese Spekulation scheint vorerst freilich nur allzu richtig zu sein. Weder Italien noch Japan, noch England und am allerwenigsten Frankreich lassen irgendwelchen Eifer in der Memelfrage erkennen. In Paris, wo noch der alte Geist von Versailles unumschränkt herrscht, neigt man offensichtlich dazu, das rechtsbrüchige Vorgehen Litauens im Memelgebiet als eine neue Schwächung Deutschlands mitkommen zu beifügen. Tokio ist zu sehr mit eigenen großen Problemen beschäftigt, um sich mit dieser ihm fern liegenden, europäischen Angelegenheit zu befassen. Und in Rom und London hält man wohl die Frage nicht für wichtig genug, um sich überhaupt mit dem ohnehin schwermigen französischen Partner auseinanderzusetzen. Immerhin hat man dort wohl doch das Gefühl, daß in Memel ein Unrecht geschieht und daß es ein unüberdiger Zustand ist, wenn ein kleines Land vier Großmächten, die bestimmte Garantien übernommen haben, ganz unverhohlen seine Mißachtung auspricht, wie Litauen dies durch sein Verhalten im Memelland tut. Daß die Memelfrage mehr als eine bloß lokale Angelegenheit ist, darüber scheint man sich namentlich in London und Rom nicht imreinem im klaren zu sein. Man hat wohl verstanden, daß dem Hafen und Handelsplatz Memel dank seiner geographischen Lage eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für die Weltwirtschaft der osteuropäischen Dinge zukommt und doch zukommen kann, und daß es nicht gleichgültig sein wird, wie die nationalen Verhältnisse im Memelland liegen, wenn einmal die Frage der Angliederung Litauens an eine andere härtere Macht akut werden sollte. . . .

Was wird nun im Memelgebiet, wenn die Signaturmächte nicht doch noch eingreifen sollten, weiter geschehen? Daß die Ablehnung Dr. Schreibers dem Zweck dient, das stärkste Hindernis für die weitere beschleunigte Litauisierung des Gebietes aus dem Wege zu räumen, liegt auf der Hand. Man darf dabei nicht übersehen, daß den Litauern in den 11½ Jahren, die seit dem Überfall auf Memel verfloßen sind, bereits eine nicht unbeträchtliche Verschiebung der

Nationalitätsverhältnisse im Memelgebiete gelüftet ist. Einerseits haben sie zahlreiche altangelegene Memelländer durch Druckmittel vertriebener Art und durch fortgesetzte Verträge gegen das Memelland aus dem Lande gedrängt. Und andererseits haben sie, wo immer sich Gelegenheit bot, die Zuzwanderung aus Großlitauen ins Memelgebiet systematisch gefördert. Diese landflüchtigen Elemente fielen namentlich in der Stadt Memel, wo sie als Arbeiter und Händler altangesehene deutsche Kräfte, um Erwerb- und Lebensmöglichkeiten beschränkt haben, schon einen recht erheblichen Teil der Bevölkerung aus. In diesen Memelländern, die mit dem seit sieben Jahrhunderten zur preußisch-deutschen Staats- und Kulturgemeinschaft gehörenden Lande keine wirkliche innere Beziehung bestanden und dort kein Heimatrecht geltend zu machen vermögten, kommen dann noch gewisse, zehntausendfröhlich heimlich unbedeutende Kreise eingewanderner Memelländer, die sich wirklich oder angeblich als Vitaeur fühlen. Wie verhältnismäßig gering die Zahl dieser Pseudo-Immigranten war, das hat die i. J. 1921 durchgeführte Völkerverzählung bewiesen, bei der sich im ganzen Memelgebiete die Eltern von nur etwa 400 Kindern für den Schreibe- und Lesunterricht in litauischer Sprache entschieden. Im Laufe der Jahre ist diese Zahl unter dem Druck der litauischen Fremdberrschaft wohl gestiegen. Aber das Großlitauerland befristet für die sozial und kulturell höher lebende alt-eingewandene Memelbevölkerung eine so geringe Anziehungskraft, daß es wohl nur eines ganz geringen Anflusses bedürfte, um den weitaus größten Teil dieser Menschen wieder zum Dienstort zurückzuführen, wo sie in Wirklichkeit kulturell beheimatet sind.

Auf die Jugendverbände und die Pseudoliteratur jetzt Kauen bei seiner gegenwärtigen Aktion zur weiteren Entdeutschung des Memelgebietes seine Hoffnung. Seine stärksten Angriffe richtet er sich nach der Beilegung des deutschen Direktorskreises gegen die deutsche Bewegung in und des deutschen Schulwesens in den Memelgebieten. Es ist mit einer Massenentlassung der deutsch-memelländischen Beamten und deren Ersetzung durch „außerlitauische“ nationallitauische Elemente zu rechnen. Die bisher schon erfolgten Entlassungen — es handelt sich u. a. um einige Kreisärzte, Gerichtsreferendare usw. — sind mit der früheren Zugehörigkeit der Betroffenen zu den beiden verbotenen nationalpolitischen Parteien des Memelgebietes, der Christlich-sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialistischen Volksgemeinschaft, begründet worden. Die Mitglieder dieser Parteien befinden sich in den Händen der litauischen Behörden; sie sollen die Namen von etwa 1000 Personen enthalten. Sagen diese beiden Parteien in erster Linie richtet sich der Vorwurf, eine gewaltsame Verweisung des Gebietes von Vitaeur vorbereitet zu haben. Auf den Gedanken, diesen Vorwurf zu erheben, sind die litauischen Behörden seinerzeit freilich erst gekommen, nachdem sie die Parteien schon aufgelöst hatten und als sie nachträglich eine Begründung für ihre Maßnahmen brauchten. Die Statuten der Parteien waren dem Kriegskommandanten genehmigt und die Parteiführer selbst, Dr. Neumann und Pfarrer Sab, hatten wiederholt in eindeutiger Weise ihre Loyalität gegenüber den litauischen Vätern zum Ausdruck gebracht. Die Parteien waren durchaus legal. Es ist daher eine Verhöhnung jeder Rechtsauffassung, wenn jetzt memelländische Beamte entlassen und befristet werden, weil sie seinerzeit diesen Parteien angehört haben, zumal auch heute die litauischen Behörden nicht in der Lage sind, ihren Vorwurf des Landesverrats irgendeine glaubhafte zu begründen. Eine der ersten Maßnahmen des neuen Direktorskreises ist die Einsetzung eines nationallitauischen

Schulinspektors gewesen, dem die Aufgabe zufällt, für die Litauisierung der memelländischen Schulen zu sorgen. Über den angeblich „staatsfeindlichen“ Geist, der in diesen Schulen den Kindern bisher gelehrt worden sei, merden in der litauischen Presse seit länger Zeit wahre Schauermärchen verbreitet, Dinge, die sich zum Teil ohne weiteres als frei erfunden nachweisen lassen. Wenn ein Lehrer als „staatsfeindlich“ gilt, der es wagt, daß Kinder von 7 oder 8 Jahren ein Hakenkreuz zeichnen, wenn es in litauischen Schulen geht, dann sind den Schulen von „außenher und nicht gesprochen wird usw. kann leicht sich denken, was den deutschen Schulen des Memelgebietes unter der Herrschaft des neuen Inspektors bevorsteht.

Was vom Gouverneur eingeleitete Landesdirektorium Reissigs hat es mit all seinen Maßnahmen sehr eilig. Es will in möglichst kurzer Zeit vollendete und, wenn möglich, unumkehrbare Tatsachen schaffen. Denn es gibt im Memelland eine Bestimmung, über die es binnen kurzem wieder zu Fall kommen könnte. Es heißt nämlich im Art. 17 dieses Statuts: „Wenn aus irgendeinem Grunde der Gouverneur einen Präsidenten des Landesdirektoriums ernannt, während der Verhandlung des Statuts, so muß der Landtag zu einmütigen kann, was die Ernennung des Landesdirektoriums entgegenzunehmen und über die Vertrauensfrage abstimmen.“ Demnach müßte der Memellandtag am 25. Juli zusammentreten, um zum Direktorium des Reissigs Stellung zu nehmen. Daß dieses Direktorium das Vertrauen des Landtages nicht besitzt, steht — wie schon gesagt — außer Zweifel. Es ist unter diesen Umständen kaum zu erwarten, daß Reissigs es wagen wird, dem Landtag die Vertrauensfrage zu stellen. Es ist eher anzunehmen, daß er versuchen wird, sein Ziel zu erreichen, indem er eine unzureichende Einrichtung der memelländischen Selbstverwaltung befristet. Nach Art. 12 Abs. 3 der Statuten kann der Landtag vom Memelgouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium aufgelöst werden. Da Remobilien dann sechs Wochen nach dem Tage der Auflösung stattfinden müssen und der neue Landtag 15 Tage nach seiner Wahl zu seiner ersten Sitzung zusammentreten darf, könnte Reissigs mehrere Tage Monate Zeit für die Durchführung seiner Maßnahmen gewinnen, ehe die gewählte Vertretung der memelländischen Bevölkerung dazu käme, dem Landesdirektorium sein Mißtrauen auszusprechen. Sollen dieses schon heute geschehen, so muß der Landtag als Ratokas und Reissigs tun werden, Reht noch dahin. Die Entscheidung liegt vielleicht nicht bei ihnen, ein Eingreifen der Signatormächte oder ein anderes Ereignis, das abzuwenden nicht in ihrer Macht liegt, kann ihnen u. U. das Geschick des Handlungsvorgangs vorschreiben.

Seit jetzt, daß das deutsche Direktorium Schreiber unter Rechtschaffen und mit einer verlogenen Begründung aus dem Amte verdrängt worden ist und daß alle Maßnahmen, die das dem Lande aufzusehene neue Direktorium Reissigs zur weiteren Entdeutschung des Memelgebietes trifft, mehrere Verlesungen des Memellandes darstellen. Seit jetzt, daß die Vitaeur durch eine solche Politik die Segnerfrage des deutschen Volkes herausfordert und daß es damit keine andere Wahl hat, als sich geachtete und geliebte Selbständigkeit selbstfertig auf Spiel setzt. Deutschland wird das Memelland nicht verzeihen, um dieses von Vitaeur selbst täglich daran erinnert wird, daß — gegen seinen eindeutigen Willen — ein 70jähriges friedliches Zusammenleben mit „Prawen-Deutschland durch den Einbruch fremder Gewalt zerstört worden ist.“

Dr. K.

Polnische Innenpolitik.

Mit der Ermordung Piatocki war die Frage einer Teilweisen Umwandlung eines polnischen Kabinetts in Frage gestellt worden. Es war vorzutragen angenommen, daß die Reorganisation des Innenministeriums durch den Ministerpräsidenten Kosciolowski nur eine vorübergehende Maßnahme sein und auch die Frage einer Reueinsetzung des Landwirtschaftsministeriums in diesem Zusammenhang gelöst werden würde. Am 28. Juni wurde der bisherige kommissarische Stadtpräsident von Warschau, Oberleutnant Kosciolowski, zum Innenminister ernannt. Zugleich trat der bisherige Landwirtschaftsminister Rakoniecznikow zurück. An seine Stelle wurde Kurator Poniatowski berufen. Der neue Innenminister hat auf seinem bisherigen Posten bewiesen, daß er rücksichtslos gegen die unpopulären Gegner und gegen die mandatsverweigernden, die sich allenthalben breit gemacht haben, durchzusetzen versteht. Er ist bei der Opposition nicht sonderlich beliebt. Seine Aufgabe wird die „Pazifizierung“ des politischen Lebens in Polen sein. Mit Poniatowski, dessen Ernennung schon seinerzeit bei der Berufung des Kabinetts Kosciolowski erörtert worden war, zieht ein Vertreter der Kleinbauern in das Landwirtschaftsministerium ein. Für die agrarisch-konkretionären Kreise des Regierungskollegiums ist seine Berufung eine Enttäuschung. Der wirtschaftsreformatorische Charakter der Regierung Kosciolowski wird durch die Reueinsetzung des Landwirtschaftsministeriums noch stärker betont.

Allgemein wird in Polen mit einer Radikalisierung der Regierungskurses gerechnet; und zwar mit einer Schwenkung nach links. Die polnische Presse hält sich in ihrer Stellungnahme zu der Regierungsumbildung z. T. noch zurück. Eine große Anzahl von Zeitungen, die sich zu den Ereignissen geäußert hatten, wurde beschlagnahmt; zahlreiche andere Blätter wiesen Zensur

fürsüßen auf. Die Ernennung Kosciolowski zum Innenminister ist offenbar nicht nur den Oppositionen, sondern auch den der Regierung treu bleibenden Gruppen und Kreisen ein Mißbehagen gekommen. Ein neuer Minister list durch, über fröhliche politische Tätigkeit als zu unerläßlichen Dingen gehörend bekannt. Allerdings hat sich Kosciolowski schon seit Jahren nicht mehr politisch betätigt. Es ist einerseits ein weiteres scharfes Vorgehen gegen die Rechtsopposition zu erwarten. Auf der anderen Seite wird voraussichtlich versucht werden, der vom Kommunismus her drohenden revolutionären Unterbrechung des Staates besonders unter der vererbten Bauernschaft durch entsprechende agrarpolitische Maßnahmen entgegenzutreten. Die Regierung muß sich, wie es im „Kurier“ voran“ heißt, angestrengt der schweren Krise vor allem an den Wünschen der höchsten Arbeiterkraft und der Kleinbauern massen orientieren. Ohne Zweifel, schreibt der rechtsstehende „Wieczor Warszawski“, werde der neue Landwirtschaftsminister versuchen, die Bauernschaft zu gewinnen, den Rahmen der Agrarreform zu erweitern und den Landbauer der Kleinrentenbesitzer zu stellen. Im nationaldemokratischen „ABC“ heißt es u. a.: Nach einer Periode, in der die Obergruppen, alle Militärpersonen, den Kontrast gegeben hätten, habe jetzt eine neue Epoche begonnen, die die Lösung mehr im Hand der Parlamentarier lege und eine Wendung im Einklang der Volksgemeinschaft, insbesondere der Landbevölkerung bringe. Auch der „Kurier“ hält sich für sicher, daß die neuen Minister eine mehr nach links gerichtete Richtung repräsentieren insofern, als sie das Regierungslager auf die breitesten Bauern- und Arbeitermassen stützen möchten. Wie weit diese Richtung, „Auch nach links“, von dem die Presse in Polen mündet, wirklich eintreten wird, wie weit der Staat etwa seine Eingriffe in die

Industrie vorzuleben und ob das weitgehende Agrarreformprogramm, das nach von der alten Regierung beraten wurde, jetzt durchgeführt werden wird, darüber läßt sich 3. J. wenig sagen. Die Regierung selbst hat sich hierzu noch nicht geäußert und sie scheint vorerst auch keine allzu eingehende Erörterung dieser Fragen in der Presse zu wünschen.

Marian Jundram-Rosielkomiński ist 42 Jahre alt, im heutigen Litauen geboren; er absolvierte die Mittelschule in Petersburg, habilitierte dort am physionomologischen Institut und dann am Polytechnikum in Riga. Seit 1911 stand er im nationalen Unabhängigkeitskampf der Polen, kurz nach Kriegsausbruch erhielt er von Piłsudski den Befehl, hinter der russischen Front in Kongresspolen die P. O. W. (die Polnische Militärorganisation) zu bilden; später wurde er unter dem Pseudonym Jeroz Kommandant der litauischen Abteilung des polnischen Heeres. Nach der Besetzung Warschaws durch deutsche Truppen fungierte er als Regimentsoffizier zeitweilig an der belgischen Front und nach dem Kriege kam er in den polnischen Generalstab. Er machte den Volksheimatkrieg und den Kampf auf Wilna mit. 1922 kam er als Wjwotenie-Abgeordneter in den Sejm, trennte sich 1924 von dieser Gruppe und näherte sich dem Piłsudski-Lager; er wurde Vizepräsident des Regierungsblok, Kommandant des Reservistenverbandes und am 1. März d. J. kommissarischer Stadtpräsident von Warschau.

Der neue Landwirtschaftsminister Julius Poniatowski wurde 1882 in Petersburg geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Wilna, habilitierte in Krakau Landwirtschaft, in Brüssel Sozialökonomie und dann in Riga wieder Landwirtschaft. Nach Kriegsausbruch wurde er Legionär und war später politischer Referent der P. O. W. Poniatowski war früher Abgeordneter der kleinbäuerlichen Wjwotenie-Partei. Von Juli 1920 bis Februar 1921 bekleidete er schon einmal den Landwirtschaftsministerposten und war damals, in der Zeit des Volksheimatkriegs, maßgebend am Zustandekommen der tabakalen

Agrarreformbestimmungen beteiligt. Nach dem Ministertag zog er sich aus dem parlamentarischen Leben zurück und wurde Kurator des Gjeumis in Kremenien. Von Seiten der konfessionellen Agrararier des Regierungsblok wurde er mit scharfer Gegenwirkung zu rechnen haben, während seine Ernennung in der tabakalen Jugend und in der notleidenden Bauernschaft Beugung auslösen wird.

Die Frage der polnischen Verfassungsreform war wieder akut. Wie erinnert, waren die „Verfassungsgeber“ am 26. Januar d. J. im Sejm durch ein glückliches Umrüstungsmanöver des Regierungsblok einstimmig angenommen worden. Als die Ebelen danach Marjański Piłsudski vorgelegt worden, stellte es sich heraus, daß dieser mit der in wesentlichen in allen Punkten einverstand war. Piłsudski war mit dem parlamentarischen Sejm durch den seine Verfassung die „Ebelen“ im Sejm durchgebracht hatte, nicht zufrieden. Außerdem hatte er gegen die Auslese der „Region der Verdienstvollen“, die als Senatoren mit besonderen verfassungsmäßigen Rechten ausgestattet werden sollen, Bedenken. Diese Einwendungen des Marjański, erklärte Oberst Słomak am 28. Juni vor dem vereinigten Verfassungsanschuß des Regierungsblok, hätten es ihm zur Pflicht gemacht, die ganze Angelegenheit noch einmal zu überdenken. Des Ergebnis seiner Überlegungen sei, daß er seinen Plan der Schaffung einer „Region der Verdienstvollen“ aufrechterhalte, doch er liebe es aber auf Grund eines schließlichen Beschlusses aufbauen und nicht in die Verfassung eingliedern wollen. Er schloß als Richtlinie vor, daß ein Drittel der Senatoren vom Staatspräsidenten ernannt und die übrigen nach der noch geltenden Wahlordnung gewählt werden sollten, solange sich die „Region der Verdienstvollen“ noch nicht bewährt habe. Demnach ist die Verfassungsfrage mit dem Sejmbeschluss vom 26. Januar d. J. noch nicht erledigt, ganz abgesehen davon, daß der Senat über sie überhaupt noch nicht Beschluß gefaßt hat.

Schlesien — das deutsche Wirtschaftsbollwerk im Osten.

Der Übergang von der Habsburger Herrschaft in die Preussens drängte Schlesien rascher und früher auf einen Weg, den es im Laufe des 19. Jahrhunderts infolge der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in ähnlicher Form auch ohne diesen politischen Einfluß in seine künftige Selbständigkeit notwendigerweise hätte gehen müssen. Handels- und Verkehrsverhältnisse griffen entscheidend in die wirtschaftlichen Lebensbedingungen der Gebiete ein. Im mittelländischen Schlesien, das in jeder Zeit des vorwiegenden Überlandverkehrs infolge seiner zentralen Lage inmitten Europas und an der Grenzfläche zweier Kulturen begünstigt war, lebten sich die belebten Handelsstraßen jener Zeit vereint, die den Kontinent in nord-südlicher und nordwest-südöstlicher Richtung durchkreuzten. Jetzt wurde das Land an der oberen Ober eine preussische Grenzprovinz, die von handelspolitischen Gegnern mehr und mehr aus ihrer alten aktiven Vermittlerrolle herausgedrängt wurde. Schlesiens Durchgangshandel war schon im Sinken, seitdem die großen Entdeckungen am Beginn der Neuzeit sich mittelschiff auszukommen begannen und seitdem infolgedessen an die Stelle Venetias Antwerpen und später Amsterdam, an die Stelle Würzburgs Leipzig und Frankfurt a. d. O. getreten waren.

Unter den Habsburger Erblanden, zu denen es seit 1526 politisch gehört hatte, hatte Schlesien die Rolle des Sabrikanten und Großhändlers gespielt. Durch schlesischen Handel und Gewerbe hatte Österreich den östlichen Handel beherrscht. Jetzt machte es sich nach dem Verlust des Handels unabhängig von ihm zu machen suchen. Es förderte daher die Vorarbeiten Erbsen und den Handel mit Kolonialwaren zu befördern, deren Handel mit Kolonialwaren über Schlesien mehr nach dem Osten ging. Es galt, eigene Gewerbe zu schaffen, um mit den schlesischen in Ungarn, Siebenbürgen und dessen orientalischen Hinterländern konkurrieren zu können. Und schließlich mußte Österreich versuchen, den von Galizien — über Lemberg, Krakau und Brody — kommenden Verkehrsstrom von Preussisch-Schlesien nach den österreichischen geliebten Teilen abzuwehren. Dabei gerührte es den sein Zoll- und Stapelplätzen, begann es seine Straßen auszubauen, Sabrikanten namentlich in Wöhmen und Niederösterreich zu gründen und sperrte es seine Grenzen gegen schlesische Waren durch Zölle und Einfuhrbeschränkungen ab. Es ersuchte, wenn auch ohne dauernden Erfolg, Meßen in Leßhen und Jägerdorf und tief dicht an der preussischen Grenze Viehmärkte ins Leben, um — hier erfolgreich — gegen die Brieger und Breslauer Märkte zu konkurrieren. Demgegenüber schlug der Verlust Friedrichs des Großen tief, jüdeloerapäische Händler durch die Gründung einer Messe in Breslau 1742 und durch allerlei Vergünstigungen auch westdeutsche Kaufleute nach Schlesien zu ziehen. Breslau konnte gegen das handelsmächtigste Leipzig nicht mehr aufkommen. Seine Messe ging 1750 wieder ein.

Eine ständige Verbürgung für den schlesischen Handel war die 1772 erfolgte Angliederung Galiziens an Österreich. Diese Verbürgung wurde aber erst 1804, nach der Einnahme von Wien durch Napoleon, durch den Vertrag von Tilsit, nämlich 1846, durch die Handelsverträge von Krakau, abgesehen wurde. Denn vorerst blieben die neu erworbenen Gebiete handelspolitisch noch von den alten Erblanden getrennt, und Brody (seit 1815 Krakau) wurde Treibhandelsplatz, weil

man auf den doch auch für Galizien ertragreichen schlesischen Südbandel nicht sofort verzichten wollte.

Den Trennungsmaßnahmen Österreichs gegenüber Schlesien kam unbeeinträchtigt der preussische Merkantilismus zu Hilfe. Seine Verdienste um die Hebung der Landeskultur und das Gedeihen der Wirtschaft waren allgemein groß, und er bereitete die für die spätere Entwicklung auch notwendig erwiesene Entzerrung der schlesischen Eigenproduktion vor. Für die damalige wirtschaftliche Struktur des Landes aber mit ihren stark betonten Handelsinteressen mußte es als schädlich empfunden werden. So nahmen denn auch die Klagen über Einfuhrerwerbe für fremde Gewerbetreibende, über Ausfuhrerwerbe für heimische Rohstoffe und die monopolistische Begünstigung einzelner Handels- und Gewerbetreibender kein Ende. Die Regie war wegen der die Fremden abflehrenden Wirkung verfehlt. Die den polnischen Durchgangsverkehr nach Leipzig stark hemmende preussische Zollpolitik, welche die schlesischen Händler von Leipzig ab und nach Breslau herangezogen hatte, kam in ihrer Wirkung auch im Gegenteil den österreichischen Vermittlern, Schlesiens zu umgeben, entgegen. So war, als 1787 Friedrich Wilhelm II. mit dem Merkantilismus brach, der schlesische Handel mit Ungarn und Siebenbürgen schon stark zurückgegangen; er mußte allmählich sich aufgeben werden. An seine Stelle trat im Laufe des 19. Jahrhunderts der Handel auf der Donaustraße von Wien oder Preßburg ab. Hier und ebenso auf seinem Wege nach Triest hatte Schlesien aber stets mit den hemmenden Maßnahmen der österreichischen Handelspolitik zu kämpfen. Der alte galizische Handelssoß aber konnte sich — zum Teil mit Hilfe eines berühmten Schiedsrichters der Vermittler in Brody und Krakau — auch nach dem Wiener Kongress die bisherige Höhe erhalten. Die Kunst der Grenzlage Schlesiens wurde erst 1846 endgültig in ihr Gegenteil verkehrt, als das letzte „Auffloß“ des schlesischen Handels, der Freilichtat Krakau, verschwand, über welchen noch in den vierziger Jahren etwa die Hälfte der schlesischen Waren ausgeführt worden war. Jetzt erst war der schubhändlerische Ring Aufkunds und Österreichs, der Schlesiens auf zwei Drittel seines Umfangs umfaßte, völlig gelöst. Schlesiens große Zeit war vorbei. Ein Rest davon seiner Wüste, waren noch seine vielen Ländern besetzten Märkte für polnische Welle, bis auch dieser Zwischenhandel an das zum Weltmarkt werdende London verlor. Erst das Aufblühen der obern schlesischen Industrie hob auch Breslau wieder aus der Erschlaffung seiner wirtschaftlichen Kraft zu neuer, andersartiger Wüste empor.

Das machende Selbstbewußtsein des Preussischen Staates war lange schon bemüht, den eigenen Gewinne schmälernden Galizienhandel der östlichen Kaufleute durch unmittelbare Verlegung in die Weltmächte zu zerlegen. So hatte man schon 1784 die Anstellung preussischer Konsuln in Jassy und Bukarest versucht; die Stellen blieben aber bald wieder unbesetzt. Der direkte Handel mit den orientalischen Ländern wurde bis in die neueste Zeit durch die Kreditwürdigkeit der dortigen Händler, den mangelnden Kreditfuß gegen bössmögliche Schulden und früher auch durch die Ausbeutung der fremden Kaufleute durch die einheimischen Fürsten erschwert. In den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts

find Preußen mit Erfolg an, durch die Anstellung hauptamtlicher Generalkonsuln für Syrien und Palästina, für Ägypten, die Donaufürstentümer und Serbien seine handelspolitische Organisation im Südoften aufzubauen. Kurz zuvor hatte es die alten Handelsverträge aus dem 18. Jahrhundert durch einen neuen Vertrag nach englischen Vorbilde ersetzt. Infolge der Emanzipation des europäischen Südoftens, insbesondere Rumäniens, von der türkischen Herrschaft und infolge der Erhebung der Kaufkraft dieser Länder stieg die Bedeutung des Balkans für den schlesischen Export. 1877 kam es zu einem deutsch-rumänischen Handelsvertrag; der österreichisch-rumänische Zollkrieg 1886—1891 brachte für Schlesien gesteigerte und dauernde Abzugsmöglichkeiten dort, so daß die Breslauer Handelskammer 1894 mitteilen konnte, daß Rumänien zu den wichtigsten Abnehmern schlesischer Industrieprodukte zähle. Dagegen traten Serbien und Bulgarien noch im Verkehr mit Schlesien zurück. Die Bemühungen der Balkanstaaten, sich eigene Industrien zu schaffen, förderten zeitweise die Einfuhr von Maschinen und Hilfsstoffen, erschweren aber durch hohe Schutzzölle und direkte finanzielle Subventionen die Einfuhr anderer hochwertiger Fertigfabrikate.

Ebenso wichtig wie der Anschluß an Preußen waren für Schlesien die technischen Umlagerungen aus dem Gebiete des Verkehrsweßens, Eisenbahn und Schifffahrt. Durch diese für die Weltwirtschaft so ungemein beachtenden Erzeugnisse wurde Schlesien zunächst vollends der Welt seiner zeitlichen Lage beraubt. Es kam für die Provinz jetzt in erster Linie darauf an, auf dem Schienen- oder Wasserwege engen Anschluß ans Meer zu erhalten. 1847 wurde der Anschluß an die Ostbahn bei Glogau bei Berlin und damit mit Hamburg und Stettin verbunden. In den fünfziger Jahren erhielt es die Bahnerbindung mit Triest und durch die galizische Bahn Zutritt zu den Donaufürstentümern, während Ostpreußen eine direkte Verbindung mit Rumänien erst in den sechziger Jahren erhielt, so daß es wenigstens in den Zeiten, in denen die Donau nicht schiffbar war, den meisten Umweg über die galizische Bahn ebenfalls benutzen mußte. Seit 1872 bezlebte sich schließlich durch den Bau der Oderberg-Rathower Bahn der jetzt eines jeden Industrievollständigen Weg nach Oberungarn wieder. Die Eisenbahnen trachten für Schlesien die Möglichkeiten in industriellen Großbetrieben zu vermerken, da die Absatzmöglichkeiten ständig im Wachsen waren; die Erzeugnisse der schlesischen Industrie wurden in die ganze Welt verschickt. Dem schlesischen Zwischenhandel nach und von dem Südoften aber kamen die Eisenbahnen nicht zugute. Denn die Differentialtarife der Eisenbahnen zwangen zu möglichst weitem unmittelbarem Versand; und die Waren aus dem Süden und Westen, aus dem Nordwesten und Südwesten rollten ohne Aufenthalt durch die schlesischen Bahnhöfe ihren fernen Bestimmungsort zu. Es mußte daher die wichtigste Handelsartikellieferer der Carlisleit für die Bohnen auf dem besten Punkte los, so für waldisches Getreide und ungarisches Mehl. Unter dieser Ungunst der Frachten hatte zum Teil auch die schlesische Industrie zu leiden.

Die Benachteiligung der Provinz durch die neue Verkehrsverteilung wurde durch den Ausschluß der Carlisleit nicht noch erhöht. Denn Südo- und Westerrussland, die einst zum Absatz- und Bezugsgebiet Schlesiens gehörte, wurden jetzt infolge der unerschütterlich billigeren Seefrachten besser vom Schwarzen Meer aus versorgt. Die landwirtschaftlichen Erzeugnisse Südofteuropas gingen mehr und mehr über Galatz oder Odessa nach Hamburg und Mannheim. Der Donauverkehr brachte englische und andere westeuropäische Waren nach Rumänien und gefährdete schlesische Stellung noch mehr. Die erschwerlichen schweremgigen Industrieprodukte hatten gegen die Waren des dem Meere näher gelegenen Westens einen schmerzlichen Stand. 1892 mußte z. B. die Stahl- und Eisenzeugung von Oberschlesien durch Galizien und die Wolfram nach Galatz und Braila das Preisfrage der Frucht von Weltbeifland nach Konstantinopel. Die schlesische Wirtschaft litt unter dem deutschen Restoandhandel, der, seit der Herstellung der ersten direkten Verbindung von Kiel, später von Hamburg nach Konstantinopel, im Jahre 1884 einen großen Aufschwung nahm. Der dem Weltkriege ständigen Hamburg, Bremen und die Rheinsehäfen in regelmäßigem Schiffsverkehr mit allen wichtigen Häfen des östlichen Mittelmeeres. Schlesien aber hatte von dem für die Weltland den fünfzigsten Prozentanteil nur geringen Vorteil, trotzdem die direkte Bahnerbindung nach Hamburg und Berlin über Budepest und Belgrad nach Saloniki auch Breslau berührte. Zwar stellen dieser Weg und die Bahnstrecke nach Odessa über Breslau, Krakau, Lemberg, Gernowitz, Jassy nach Odessa oder über Galatz, Bukarest, Sofia nach Konstantinopel die schnellste Verbindung Nordwesteuropas mit dem Orient dar, sie kamen aber in erster Linie für den Fernost, nur in geringem Maße für den Warenverkehr in Betracht. Triest hatte in den fünfziger Jahren für den Handel mit schlesischem Spirit noch einmal eine hervorragende Bedeutung erlangt; es vermittelte damals noch verschiedene schlesische Exporte nach dem Orient; 1914 kam es nur noch für ein vierter Teil der früheren Güter in Frage. Dagegen war es als Lieferant und Konkurrent in Kolonial- und Orientwaren für Schlesien wichtig und gefährlich zugleich. Das Beispiel des schlesischen Handels zeigt, wie ausschlaggebende Bedeutung der Carlisleit für die Eisenbahn

naben den handelspolitischen Maßnahmen für den Warenverkehr verschiedener Länder zukommen kann.

Durch den Ausbau der Binnenwasserstraßen entstand für Schlesien allmählich ein Schutz gegen die es gefährdende Carlisleit der Bahnen. Die schlesische Kaufmannschaft hatte das sehr bald erkannt und die Bedeutung der Wasserwege auch in der Zeit immer wieder betont, in der man deren Ausbau zugunsten des Eisenbahnbaus sehr ganz zurückgestellt hatte. Der Große Kurfürst hatte den Ober-Spre-See-Kanal gebaut, der Schlesien auf dem Wasserwege mit Hamburg verband. Nach dem Anschluß an Preußen lag für Breslau der Weg zur Ostsee frei; die hemmenden Stapelzölle Frankfurts und Stettins waren beseitigt worden. 1851 wurden die Sundzölle, 1874 die Schiffszölle aufgehoben. Jahrelanglang leitete die Breslauer Handelskammer die Regierung der Ostsee. 1868—1876 wurde diese dann bis Breslau ausgebaut und 1891—1895 der Großschiffahrtsweg bis Rostock erweitert. 1901 erhielt Breslau einen südlichen Hafen, und wurde der Ober-Spre-Kanal für größere Seeschiffe fahrbar gemacht. 1907—1908 endlich wurden die stets geforderten Oderumschlagstarife für bestimmte Güter gemindert, so daß Schlesien mit der Elbflotte, den Adria-, den russischen Ostsee- und Schwarze-Meer-Häfen in ausgleichreicher Konkurrenz treten konnte. Der unregelmäßige Wasserstand der Oder aber, die nur an durchschnittlich 250 Tagen im Jahre schiffbar ist (der Rhein an 320 Tagen), benachteiligte die ostpreussische Binnen-Schiffahrt gegenüber dem Westen.

Seit Generationen wird von Schlesien der Plan eines Oder-Donau-Kanals propagiert. Joseph II. hat diesen Plan zum ersten Male erwogen; in der Zeit der Kontinentalsperrre tauchte er dann wieder auf und erlebte seit dem 70er Jahren eine ganze Reihe von Bearbeitungen, mit oder ohne Berücksichtigung des Nachbarlandes, zum Teil mit Verbindungen zur oberen Weichsel und Moldau-Elb. Die Durchführung des Planes scheiterte aber immer an den entgegenstehenden Interessen anderer Verkehrswege und Produktionsgruppen und an den beträchtlichen Schwierigkeiten und Kosten des Baus. Seine Verwirklichung würde allerdings die Schaffung einer ungemein wichtigen, großen Verkehrsstraße nach SW nach SO bedeuten, eine Einfahrt für die schlesischen Industrieprodukte nach dem Südoften, die den Umweg über die Nordseehäfen erübrigte und die Bedeutung der mittelalterlichen Iberlandhandelsstraßen bei weitem übersteigen würde. Stichtahl hat der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals die Bedeutung des Oder-Donau-Projektes gemindert.

Schlesiens kontinentale Lage, früher einmal die Grundlage seiner wirtschaftlichen Blüte, ist später sein Nachteil geworden. Sein Handel mit dem Orient ist in neuerer Zeit allerdings gleich vielfältiger und unmittelbarer geworden. Es führte vor dem Kriege Rohle und deren Nebenprodukte, die verschmelzten Eisen-, Stahl-, Textil- und keramischen Waren, chemische Präparate, Pflanzler Musikinstrumente und vieles andere nach dem Südoften aus. Seine Einfuhr bestand vornehmlich aus den der Ernährung und Bekleidung dienenden pflanzlichen und tierischen Rohstoffen und sonstigen Nahrungs- und Genussmitteln. Die Entwicklung der Provinz hat gelehrt, daß sie auf den vom Merkantilismus geschaffenen Grundlagen weiterbauen mußte, wenn sie ihre wirtschaftliche Bedeutung in irgendeiner Gestalt sich wahren sollte. Aus dem großenteils vom Durchgangshandel lebenden Lande ist schon früh, aber besonders im 19. Jahrhundert ein ganz vorwiegend für die Ausfuhr selbst produziertes großindustrielles Gebiet geworden. Diese Eigenproduktion in jeder Hinsicht zu stärken und für gute Absatzmöglichkeiten durch den Ausbau der Wasserstraßen, durch günstige Carlisleitungen und handelspolitische Öffnung der Schlesien umgebenden Grenzen zu sorgen, ist die Aufgabe, die für Schlesien zu lösen ist. Der alte, gemeintragende Durchgangsverkehr gehört der Vergangenheit an. Schlesien selbst, soweit jene Erzeugnisse nicht im Lande selbst oder im Reichs verbracht werden können, an der gesamtdeutschen Ausfuhr teilnehmen, die ist — je mehr sich der Weltmarkt vergrößert — um so mehr den östlichen und südöstlichen Ländern Europas zuwenden muß. Und hier kommt die großpolitische Lage der industriellen ostpreussischen Provinz wieder einer Vergrößerung vor dem weiter entfernten Westen gegen Schlesien — und vor allem Breslau — hat im Handel mit dem Osten und Südoften eine in die Jahrhunderte zurückreichende Tradition. Es ist dabei, sich dieser Tradition wieder fester bewußt zu werden. Es rüstet sich, wieder das deutsche Wirtschaftsbollwerk zu werden, das im Osten und Westen fruchtbar geltend in die östlichen und südöstlichen Räume des Kontinents eingreift. Dr. Kretzel.

Die Ferienfahrt — ins schöne Sauerland!

Der Ausbau des ostpreussischen Eisenbahnverkehrs.

Über die technischen Möglichkeiten des Eisenbahnverkehrs in Ostpreußen führte Reichsbahnrat Frankenberg im Rahmen der vorkriegswirtschaftlichen Studienarbeit der Königsberger Handelshochschule u. a. folgendes aus:

Wenn man die Geschwindigkeit des „Liegenden Hamburgers“ auf die Strecke Berlin—Königsberg umlegt, so ergibt sich unter Berücksichtigung einiger kurzer Aufenthaltswerte und der auf 100 Km. beschränkten Jahrgeschwindigkeit im Korridor eine Reiszeit von etwa 6 bis 7 Stunden. Es ist dann also Reisenden Gelegenheit gegeben, an einem Tage von Königsberg nach Berlin zu fahren, dort fünf bis sechs Stunden zur Erledigung ihrer Geschäfte zu verweilen und am gleichen Tage wieder zum Ausgangspunkt zurückzukehren. Unter den ersten sechs Schnelltriebwagen nach der Art des „Liegenden Hamburgers“ soll auch einer für den Dienst der Strecke Berlin—Königsberg eingesetzt werden.

Eine Vorgattung wird in Ostpreußen im Laufe der nächsten Jahre fast ganz verdrängt: die Personenzüge, deren Reisezeiten durch die vielen Aufenthaltswerte und durch ihre langen Fahrstrecken nicht befriedigend. Die als Ersatz in Aussicht genommene Erlebnisausgangung wird sich äußerlich an die Bauart des jetzigen Schnelltriebwagens anlehnen, d. h. aus Doppelwagen mit Motoren von je 40 PS. an jedem Wagendeckel bestehen. Der Doppelwagen erhält 100 Sitzplätze, einen Gepäck- und einen etwas kleineren Postraum. Diese Wagen werden für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 Km./Std. gebaut, sollen aber nur bis 120 Km. fahren. Die Umstellung des Betriebes nach nur abchnittsweise erfolgen. Für Ostpreußen sind vier Abschnitte vorgelesen, deren erster die wichtigste Strecke Marienburg—Königsberg—Elstift (Erdtküchen) umfaßt. Der Vorlauf von zwei Jahren kann jedoch wohl kaum mit dem Einfluß gerechnet werden. Es folgen dann als weiterer Abschnitt die Strecken Königsberg—Proßken, Marienburg—Marienwerder und Marienburg—D. Eylau, als dritter Ab-

schnitt die Strecke D. Eylau—Insterburg und als vierter Abschnitt die Strecken Königsberg—Allenstein und Königsberg—Pillau.

Die Möglichkeit, den Sugoverkehr der Nebenbahnen dem Bedürfnis entsprechend und unter Wahrung der Wirtschaftlichkeit zu vergrößern, ist erst bei Verbesserung des Verbrauchstriebwagen gegeben. Dieses Mittel soll auch wohl ausgenutzt und das gesamte Nebenbahnenetz der Reichsbahn abchnittsweise auf Motortriebwagen umgestellt werden. Als erster zur Durchführung bestimmter Zeit für das gesamte Reichsbahngebiet $\frac{1}{2}$, im ostpreussischen Raum aber $\frac{1}{3}$ des Nebenbahnnetzes bestimmt. Diese Umstellung, die übrigens gleichlaufend mit der der Hauptbahnen vor sich gehen soll, beginnt in Ostpreußen auf den Oberlandbahnen. Das sind die sich um Miesauke, Haltheim, Möhringen gruppierenden Nebenbahnen, die zwischen den Hauptbahnen Marienburg—D. Eylau und Marienburg—Allenstein, Marienburg—Königsberg und Königsberg—Allenstein liegen. Am zweiten Abschnitt soll der Südbezirk, im dritten die Mitte und Königsberg—Cobau—Elstift und im vierten der Rest, also der Osten der Provinz, folgen. Mit der Fertigstellung der ersten Wagen ist nicht nur zwei Jahren zu rechnen. Die Geschwindigkeit der für das Nebenbahnnetz bestimmten Erlebnisausgangung beträgt 90 Km./Std., von denen 80 Km. angewendet werden sollen.

Ostpreussens Eisenbahnnetz wird technisch in keiner Weise vernachlässigt, sondern in mancher Beziehung bevorzugt zu behandeln werden. Es ist dabei ein glückliches Zusammentreffen, daß die technischen Möglichkeiten in Ostpreußen zu einer Zeit verwirklicht werden, in der auch der großzügige Unbefriedigungsplan des Oberpräsidenten Erich Röck durchgeführt wird. Beide Pläne werden sich vortrefflich ergänzen, jeder wird das Gelingen des andern fördern.

Ostland-Woche.

Pfetz vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Die Frage der oberberghöflichen Verwaltung des Prinzen von Pfetz wird immer wichtiger. Durch unaufrichtige Forderungen wird es der Verwaltung, ungenügend genandt, die für die Lohnabgaben und Vierteljahreswechsel notwendigen Beträge aufzubringen. So daß der Prinz sich genötigt sah, sich erneut mit einer teiergründigen Eingabe an den Völkerverbund zu wenden. Die Wojewodschaft war rechtzeitig auf die Ende Juni an die Pfetzische Verwaltung herangetragenen gelobten Ansprüche aufmerksam gemacht worden. Es hatte auch eine Delegation der gesamten Betriebsräte und der Angehörigen der bei dem Verfallenden des Finanzministeriums der Wojewodschaft vorgeprochen, um die Freigabe der am bringenden notwendigen Geldbeträge zu erreichen. Den Völkerverbundvertretern war offiziell mitgeteilt worden, daß rund 550 000 Jloty für den Zweck der Lohn- und Gehaltsabgaben freigegeben werden würden. Diese Zusage wurde von der Wojewodschaft jedoch in der Weise gehalten, daß ein Bankkonto freigegeben wurde, auf dem sich im Augenblick der Pfändung überhaupt kein Geld befunden hatte und auf welchem bis zur Freigabe noch nicht 10 000 Jloty eingegangen waren. Am 22. Juni beschloß man die Finanzbehörde eine förmliche Forderung der Pfetzischen Verwaltung an die polnischen Staatsbahnen, die ungefähr gemittelt hätte, den Ende Juni fälligen Abschlag an die Grabenordner auszugeben.

Die Finanzbehörde war miederholt von der Pfetzischen Verwaltung über die Auswirkungen ihres Vorgehens unterrichtet worden. Wiederholt sind auch von der Verwaltung Vorstöße über die Abdeckung der gegen sie erhobenen Steuerforderungen gemacht worden. Schließlich hat die Verwaltung, die Steuerbehörde möchte doch ihrerseits die Bedingungen angeben, unter welchen eine Zurückzahlung der von ihr ergriffenen Maßnahmen erfolgen könnte. Alle diese Anfragen und Vorstöße sind jedoch ergebnislos geblieben. Bei dieser völlig unklaren Lage ist der Verwaltung natürlich auch unmöglich, mit irgendwelchen Stellen Verhandlungen zu führen, von denen sie erst eine finanzielle Hilfe erwarten könnte. Die Finanzbehörde nimmt den Standpunkt ein, daß die Pfetzische Verwaltung zu den bösmilligen Steuerhaldnern gehöre, denen kein Entgegenkommen gezeigt werden könne, obwohl die Verwaltung in den letzten vier Jahren allein über 8 Millionen Jloty Einkommensteuer gezahlt hat, obgleich von den sonstigen Steuern und Abgaben. Das Verhalten der Finanzbehörde läßt immer deutlicher erkennen, daß es nicht darum geht, die geforderten Steuerumlagen einzutreiben, sondern darum, die Unternehmungen der Pfetzischen Verwaltung zum finanziellen Zusammenbruch zu bringen.

Der „Kurjer Warszawski“ meldete am 1. Juli, daß der preussische Ministerpräsident Göring in nächster Zeit nach Polen kommen werde. Die Reise würde zwar privaten Charakter tragen, da Göring nur an einer Jagd teilnehmen werde. Da diese Jagd aber wahrscheinlich in den Wäldern des Prinzen von Pfetz stattfinden werde, werde dem Besuch des preussischen Ministerpräsidenten doch auch eine gewisse politische Bedeutung zukommen. Er verfolge nämlich den Zweck, zwischen dem Prinzen von Pfetz und

den polnischen maßgebenden Kreisen zu vermitteln, zwischen denen die Beziehungen in letzter Zeit wegen der Steuerstreitigkeiten sehr gespannt sind. In Berlin habe man die Absicht, einen gewissen Modus vivendi in den deutsch-polnischen Beziehungen in Ostoberberghöfen herzustellen.

Eine neue Bahnstrecke in Oberschlesien.

Am 1. Juli 1934 wurde von der im Vau befindlichen Strecke Heydebreck—Groß-Streblich die Teilstrecke Heydebreck—Felschitz—St. Annaberg in Betrieb genommen. Hierdurch wird das Bahnräben Oberberghöfen, der Annaberg, noch mehr zum Mittelpunkt des oberberghöfen Lebens gemacht.

Aus der Vorgeschichte dieser Bahnlinie ist folgendes besonders erwähnenswert: Bereits im Jahre 1898 bestand die Absicht, eine Bahnlinie von Heydebreck (früher Konradin) nach Boffowska zu bauen, um eine Eisenbahnverbindung zwischen beiden nach Norden zu schaffen und das Gebiet der Kalkindustrialie bei Groß-Streblich und die landwirtschaftlich wichtigen Gebiete um Ratibor und Leobusch miteinander zu verbinden. Nachdem im Jahre 1912 der Betrieb auf der Strecke Boffowska—Groß-Streblich hatte eröffnet werden konnte, mußte der Abschnitt Groß-Streblich—Heydebreck wegen Gesundheitsverhältnisse zurückgestellt werden. Erst im Jahre 1930 ist der Plan der Bahnverbindung Heydebreck—Groß-Streblich durch das Ostberghöfen wieder zu neuem Leben erstanden. 1919 wurde die örtliche Bauvereinigung „Groß-Streblich“ eingerichtet mit der Aufgabe, den Bau der Strecke sofort zu beginnen und den Schlußabschnitt Heydebreck—Felschitz besonders zu beschleunigen. Wann auch die Gelände- und Bodenverhältnisse für den Bahnbau günstig waren, so müßten trotz der nur 9,5 Kilometer langen Strecke 14 Brücken und Durchlässe für die Durchführung von Wasserläufen, Eisenbahnen und Straßenüberquerungen gebaut werden. Für die Überbrückung des Wölsch-Kanals sind die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen, so daß die Bahn noch für einige Zeit einen Umweggedamm benutzen muß. Zunächst sind zwei Bahnhöfe eröffnet worden: Der Bahnhof Venka u zwischen den Ortsteilen Mittenbrück und Venkau und der Bahnhof Felschitz—St. Annaberg.

Die wirtschaftliche Struktur der Bevölkerung Polens.

Nach den statistischen Berechnungen sind 72,3 v. H. der Bevölkerung Polens in der Landwirtschaft beschäftigt, 10,3 v. H. in Bergbau und Industrie, 5,7 v. H. im Handel, 1,8 v. H. im Verkehr und 11,9 v. H. in allen anderen Berufen. Dem Glaubensbekenntnis nach sind 63,8 v. H. katholisch, 11,2 v. H. griechisch-katholisch (Ukrainen), 10,6 v. H. griechisch-orthodox (Ukrainen, Weißrussen, Russen), 10,5 v. H. Juden und 3,8 v. H. ewangelisch (hauptsächlich Deutsche). Der Anteil der Angehörigen der einzelnen Glaubensbekenntnisse an den Hauptberufsgruppen stellt sich wie folgt dar: Von den in der Landwirtschaft Beschäftigten sind 61,8 v. H. griechisch-katholisch, ihr Anteil ist also nicht viel geringer als der an der Gesamtbevölkerungsziffer. Griechisch-katholische und griechisch-orthodoxe sind in jeder Berufsgruppe besonders stark vertreten; sie bilden 17,6 v. H. bzw. 16,0 v. H. der Landwirtschaft. Die ewangelischen haben

einen Anteil von 3,4 v. H., also fast so viel wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, dagegen beträgt der Anteil der Juden nur 0,9 v. H. Von 100 in der Industrie Beschäftigten sind 65,1 v. H. katholisch, von 53 v. H. griechisch-katholisch und nur 2,9 v. H. griechisch-orthodox. Der Anteil der Evangelischen beträgt 3,7 v. H., er ist also etwas höher als ihr Bevölkerungsanteil, der Anteil der Juden beträgt dagegen 25,3 v. H. Die letzteren sind also an der Industrie Polens mehr als doppelt so stark beteiligt, als an der allgemeinen Bevölkerungsgruppe. Im Handel beträgt der Anteil der Juden 62,6 v. H., d. h. daß die Bevölkerungsgruppe, die ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Polens ausmacht, zwei Drittel des Handels in ihren Händen hat. Der Anteil der Katholiken am Handel beträgt 32,6 v. H., der der Evangelischen 2,9 v. H., der der Griechisch-Katholiken 20 v. H. und der Griechisch-Orthodoxen 0,8 v. H. In den sonstigen freien Berufen ist der Anteil der Juden ein noch viel höherer als im Handel.

Es heißt „Memelgebiet“.

Die litauische Volkswirtschaft weist Senbungen nach Orten des Memelgebietes zurück, wenn in der Aufschrift statt der amtlichen Bezeichnung „Memelgebiet“ die Angabe „Memeland“ gebraucht wird. Im Verkehr zu vermeiden, wird den Abnehmern empfohlen, in der Aufschrift stets die Bezeichnung „Memelgebiet“ anzuwenden.

Seihen der Entspannung.

Ein landwirtschaftlicher Arbeiter aus Schwenten, der sich auf dem Raubzweigen befand, orientierte sich und rief an polnisch: „Sei bi.“ Vier andere Menschen, die in HJ-Uniform gekleidet war, wurde vom polnischen Wachtposten festgenommen und nach Wolstein gebracht. Dort wurde er aber sofort wieder entlassen und den deutschen Beamten an der Grenze übergeben.

Kürzlich fand die Feier des dreißigjährigen Bestehens der Preussischer Freiwilligen Feuerwehr statt. Zu den Festlichkeiten waren auch die Feuerwehren der mittleren Grenzmark eingeladen. So wurde, geführt vom stellvertretenden Kreiswehrführer des Kreises Dornitz, Bürgermeister Seumer-Urnschadt, eine Reihe von Vorträgen aus dem

Kreise Dornitz zu den polnischen Berufs Kameraden hinüber. Der Empfang seitens der Grenze war überaus herzlich, und es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß anlässlich des Silberjubiläums, das die Freiwilligen Feuerwehr Urnschadt noch in diesem Jahre begeht, die polnischen Wehren ebenfalls herüberkommen.

Dr. Ratajki wieder Oberbürgermeister von Posen.

Der zum Oberbürgermeister der Stadt Posen gewählte Dr. Mierzkowski, der der nationaldemokratischen Opposition angehört, muß seinerzeit vom Innenminister nicht bestätigt worden. Es fand daher eine Neuwahl statt. Von den 60 abgestimmten Stimmen erhielt der bisherige Oberbürgermeister Dr. Ratajki 35 Stimmen, während der Kandidat des Regierungsblocks nur 23 Stimmen erhielt. Dr. Ratajki liegt nun ebenfalls den Nationaldemokraten nahe; doch hat er bereits viele Jahre unter der Pilsudski-Regierung gearbeitet, ohne daß es zu Konflikten gekommen wäre. Er ist erst vor kurzem einstimmig zum Ehrenbürger der Stadt Posen ernannt worden.

Hundertfabriker einer deutschen Schule in Polen.

In der Gemeinde Antoniew-Stoki unweit Posen liegt die dortige deutsche evangelische Schule die Feier ihres hundertjährigen Bestehens. Antoniew-Stoki war die erste deutsche Ansiedlung in der Lodzer Gegend. Die Begründer der Ansiedlung sind dann weiter nach Rußland gezogen, während Pommer und Meklenburger an ihre Stelle traten. In das Raubardorf Sulzfeld kamen Württemberger. An der Feier nahmen Vertreter der polnischen Behörden sowie der benachbarten deutschen Gemeinden teil.

Ein opferrührender Kletterfilm.

Dieser Tage begannen die Aufnahmen zu einem großen Kletterfilm „Kletterfilm“, der in den Augusttagen des Jahres 1914 spielt. Die Aufnahmen werden in Ostpreußen gemacht. Das Reisebüro in Berlin hat die Unterführung zugesagt. Dr. Wittich hat gemeinlichschlich mit dem früheren Reichsdramaturgen Cramer das Manuskript ausgearbeitet.

Nationalsozialismus und Volksgruppen.

Über dieses Thema schrieb in der „Schließlichen Sozial- und Kulturzeitung“ (1934 Nr. 6) Andreas Joten. Wir geben im folgenden den Artikel mit einigen Kürzungen wieder:

Adem kennen keine Staatsgrenzen. Politische Ideen lassen sich nicht auf ihr Ursprungsland beschränken. Bis zum heutigen Tage hat noch jedes politische System, das sich in einem europäischen Staat durchgesetzt hat, ganz Europa zur Stellungnahme gezwungen. In ganz besonderer Maße werden von allem, was im Reich geschieht, die deutschen Volkstruppen betroffen, und auch die Volksgruppen Glieder des Gesamtvolkes, Glieder, die nur leben können, wenn sie in häufigem geistigen Zusammenhang mit dem Mutterreich stehen, Glieder, die teil haben müssen an dem geistigen Gelingen im Mutterland, wenn sie nicht verloren gehen sollen. Denn das muß klar ausgesprochen werden, eine Volksgruppe, die den geistigen Zusammenhang mit dem Mutterland verloren hat, muß verenden, muß geistig absterben, denn zur geistigen Eigenständigkeit reichen die Kräfte der Volksgruppe in der Regel nicht. Sollten aber die Kräfte einer Volksgruppe zur völligen geistigen Eigenständigkeit reichen, so ist damit die Gefahr der Lösung vom Gesamtvolk gegeben. Wir kennen diese Entwicklung aus der deutschen Geschichte.

Bis zum Tage der Mächtigererreichung stand das Gros aller Auslandsweltlichen dem Nationalsozialismus zurückhaltend gegenüber. Drouchen konnte man die Gefahr nicht übersehen. Man konnte das System von Weimar nicht so gut wie kannte auch den Nationalsozialismus und seinen Führer nicht. Man sah dieselbe nur die harschen Formen des Kampfes im Reich, las von Loten und war niedergeschlagen über das Bild, das Deutschland der Welt bot. Das änderte sich mit einem Schlag, als sichtbar wurde, daß die nationalsozialistische Bewegung das gesamte deutsche Volk erobert hatte, daß vom Nationalsozialismus aus die Erneuerung des gesamten deutschen Volkes in Angriff genommen wurde.

Jetzt mußten sich die Volksgruppen dem Nationalsozialismus eröffnen, wenn anders sie sich nicht um Mitternacht in die Irre versagen wollten. Sie taten das um so lieber, als sich ihnen durch den Nationalsozialismus eine Möglichkeit zeigte, ihrem Volk und ihrem Staat die Kräfte zu halten, die bringt doch gerade der Nationalsozialismus durch die Anerkennung jeden Volkstums eine Lösung für die Frage der Volksgruppen, die auf Nationalstaat und Minderheitenrechte eingestellte Nationaldemokratie nie finden konnte. In den Volksgruppen traten jetzt also die Persönlichkeiten auf, in denen der Glaube an den Führer schon eher entflammt war und die das wahre Wesen des Nationalsozialismus bereits zu einer Zeit erkannt hatten, als das jedenfalls für den Auslandsdeutschen noch schwer war. Sie forderten die Erneuerung der Volksgruppen und forderten überall den geistigen Zusammenhang. Damit trat an die Stelle der bisherigen Führung die Führung des Nationalsozialismus. Man machte sich die Antwort meist sehr leicht, indem man erklärte:

„Wir sind nun auch Nationalsozialisten“. Man verzog dabei, da sein Politiker, der jahrelang Minderheitenpolitik im liberalen System getrieben hat, um nicht verstanden, unter Einfluß des ganzen Menschen und in den meisten Fällen mollos nach bestem Gewissen und Können — nicht auf eine Volksgruppenpolitik auf Grund der völkischen Weltanschauung eingegangen kann. Man verzog, daß ein Führer seine Grundstoffe nicht ändern darf, man verzog, das Vertrauen der Geführten verlieren will. Die alte Führung litt an molloser Selbstüberhöhung, hielt sich für unantastlich und glaubte, die jungen Kräfte der Erneuerungsbewegungen würden durch ihre jugendliche Unerschrockenheit die Volksgruppen zugrunde richten. Dabei verzog die alte Führung, daß gerade sie ja, wenn sie auch Anteil haben wollten an dem Neuen, die Verpflichtung hatte, die jungen Kräfte einzuweisen und die Führung auf sie ohne zu große Erschütterung überzulassen. Man übernahm diesen einzigen Ausweg eigentlich nirgends. Und nun begann der Kampf.

Es begann der Kampf um die Führung der Volksgruppe und die mit dem Alter „verleitet“, in dem Gefühl, die „Jungen“ würden alles mit viel Mühe und ehrsicher Arbeit Geschaffene vernichten, die „Jungen“ mochten sie erobern, denn sie fühlten sich mit Recht als die Vertreter dieser Idee. Der Kampf wird mit aller Leidenschaftlichkeit geführt. Er wird wie einst im Reich geführt als ein Kampf um die Macht. Hier liegt ein Fehler. In einer Volksgruppe, die in einem fremden Staat lebt, gibt es keine Macht, die errungen werden kann. In diesem Sinne gibt es nur eine Macht — die Staatsgewalt. Im Reich konnten wir die Macht erringen und die haben und geben unsere politischen Gegner einsehen. In den auslandsweltlichen Volksgruppen kann keine Staatsgewalt erobert. Die Staatsgewalt haben fremde Völker in der Hand und verewen sie zu ihrem Nutzen. Sogar gibt es in den Volksgruppen eine Führung, ein Kulturparlament, mächtige Wirtschaftsfaktorenorganisationen, aber alle diese Einrichtungen, um die heute gekämpft wird, sind, so groß ihre Bedeutung für die Volksgruppe sein mag, keine Macht. Sie bestehen nur, das sollten die Führer der Erneuerungsbewegung nie vergessen, solange die eigentliche, einzige Macht sie duldet.

Was es aber keine Macht gibt, da kann nicht um sie gekämpft werden, da gibt es keine Revolution. Denn eine Revolution ist nur dort möglich, wo man die Macht erobert und sie nach gemessener Schlächt verwenden kann. Die deutschen Volksgruppen sind auf dem Weg der Evolution verwiesen. Allein dieser ist für sie gangbar. Durch stetige Erziehungsarbeit von unten nach oben müssen sich die Erneuerungsbewegungen durchsetzen. So werden sie auch die Führung in die Hand bekommen. Die Arbeit ist viel langwieriger als ein Kampf um die Macht, aber sie allein kann uns zur Ergebenheit, wie wir sie in Substanz und im Besten ererb haben, als plötzlich die wahre Macht eintritt, benehoren.

Polen kämpft um seinen Export.

Die mehrfach ins Stocken geratenen Wirtschaftsverhandlungen zwischen England und Polen sind nunmehr wieder in Fluß gekommen. Englands Interesse am polnischen Markt ist in letzter Zeit merklich gestiegen. In englischen Wirtschaftskreisen nimmt man an, daß sich die Absatzmöglichkeiten für englische Serlikwaren im Zusammenhang mit den großen öffentlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Polen wesentlich verbessern werden. Man hofft insbesondere auf eine Zunahme des englischen Exports von elektrotechnischen Ausrüstungen, von Werkzeugen, Automobilen, Baumvollwaren, gemälten Stoffen und einigen anderen Waren nach Polen. Besonders großen Wert legt man englischerseits auf das Automobilabsetz in Polen. Die englische Industrie hofft, sich maßgebend in die Motorisierung und Elektrifizierung Polens einschalten zu können. Dabei kommt ihr die Tatsache zu Hilfe, daß Polen in letzter Zeit in hohem Maße als Kreditnehmer auf dem Londoner Kapitalmarkt aufgetreten ist. Es erfreut sich dort, seitdem sich seine Beziehungen zu Deutschland gebessert haben, eines wachsenden Vertrauens. Vom Handelsstand der englischen Wirtschaft in Warschau sowie von der englischen Studienkommission, die kürzlich Polen besucht hat, werden die Absatzmöglichkeiten für englische Waren in Polen günstig beurteilt.

Eine erhebliche Schwierigkeit in der Regelung der englisch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen bildet das Kohlenproblem. Polnischerseits wird sowohl von Regierung wie Verbau eine zwischenstaatliche Regelung dieser Frage, an der sich außer Polen und England auch die anderen Kohle exportierenden Staaten, insbesondere Deutschland, beteiligen sollen, gewünscht. Engländerseits ist aber nur ein kleiner Teil der Kohlenindustriellen für eine internationale Kohlenregulierung zu haben. Die Mehrheit der englischen Kohlenindustriellen ist gegen jede Verflechtung und will es auf einen risikoreichen Kampf, insbesondere gegen die polnische Kohlenkonkurrenz ankommen lassen. Sie ist darauf vertraut, daß es dem polnischen Verbau nicht möglich sein wird, diesen verfehlten Konkurrenzkampf durchzuführen. Anderer Meinung ist allerdings der Führer der verfehlungsberufenen Gruppe des englischen Kohlenverbau, Archer. Dieser vertritt den Standpunkt, daß Polen auf dem internationalen Kohlenmarkt eine maßgebliche Rolle zu spielen berufen ist, und daß angesichts der guten Organisation der polnischen Kohlenindustrie nicht damit zu rechnen ist, daß diese wegen der Verluste, die sie beim Export erleidet, sich von den frankoindischen und baltischen Märkten zurückziehen werde.

Der Kohlenexport Polens hat sich während der letzten fünf Jahre zu demjenigen Englands etwa auf einem Stande von 1:4 be-

hauptet. Im vergangenen Jahre hat der polnische Export 7,733 Mill. Centner, der englische 38,382 Mill. Centner betragen. Dieses Verhältnis, das trotz aller Einfuhrbeschränkungen aufrecht erhalten werden konnte, muß, wie von polnischer Seite unterstrichen wird, die Grundlage der Verhandlungen mit England bilden. Man denkt in Polen nicht daran, sein Ziel auszubringen zu vereinbaren, da bei einer Besserung der Konjunktur sonst der Fall eintreten würde, daß andere Länder einen Vorteil aus einer solchen Vereinbarung ziehen könnten. Man glaubt aber auch, daß die Engländer die Ansicht, der polnische Kohlenexport werde künftig aufrechterhalten, aufgeben werden, wenn sie die Überzeugung gewinnen, daß die Produktionsfähigkeit der polnischen Kohlengruben noch gar nicht voll ausgenutzt sei, sowie daß die Kohlenausfuhr für Polen, Aufhebung ein unbedingtes Erfordernis ist, weshalb sie nicht verringert, geschweige denn überhaupt aufgehoben werden kann.

Zwischen Polen und Sowjetrußland ist ein Zoll- und Kontingentsabkommen, das bis zum 31. Dezember d. J. befristet ist, zustande gekommen. Auf Grund dieses Abkommens wurden von Polen Zollermäßigungen für die Einfuhr von Pelzen, Kaviar, Eißwaffeln und Nüssen aus Sowjetrußland gewährt. Überdies gelangen Konventionszölle, wie sie Polen mit anderen Staaten vereinbart hat, bei der Einfuhr von Äpfeln, Weintrauben, Äpfeln, einzelnen Früchten, Wein, Korn und Weizen aus Sowjetrußland zur Anwendung. Dieses neue Abkommen ist im großen ganzen eine Vertiefung des am 31. März abgelaufenen Kontingentsabkommens sowie die Umwandlung der im Vertrage mit der „Compollora“ vereinbarten Zollsätze in Konventionszölle. Auf diese Weise wurde die durch die Liquidierung der „Compollora“ entstandene Lücke in den Handelsbeziehungen Polens mit Sowjetrußland ausgefüllt. In den Vereinbarungen ist die Frage der sowjetrußischen Bestellungen nicht geregelt und auch die Höhe der Kontingente der russischen Einfuhr nicht enthalten. Diese Fragen werden noch besonders geregelt werden. Das Regierungskabinett „Moskwa“ bemerkt zur Verflechtung über die angeführten Abmachungen, daß der Wunsch einer polnisch-einseitigen Entgegenkommen auf sowjetrußische Zollmüsse nicht den Tatsachen entspricht, weil Polen seine Kontingente für die sowjetrußische Einfuhr noch der Höhe der sowjetrußischen Aufträge bemessen wird. Da die diesjährigen Vereinbarungen von Zoll zu Zoll zwischen der Sowjetabdelegation in Warschau und dem polnischen Handelsministerium getroffen werden sollen, so ist beiden Seiten ein breiter Spielraum gelassen worden.

Auflockerung des oberschlesischen Industriegebietes.

Das oberschlesische Industriegebiet ist eines der dichtest besiedelten Gebiete des Reiches. Dabei hat der Wohnungsbau in den Jahrzehnten, in denen Industrie und Verbau sich sprunghaft entwickelten, mit dem durch die Menschenanhäufung entstehenden Bedarf nicht Schritt gehalten. Es entstanden dicht besiedelte Städte und Industriezentren mit zum Teil überaus mangelhaften und für die Gesundheit des heranwachsenden Geblütes nachteiligen Wohnverhältnissen. Da der Verbau aber durch die Branchendeckelung der Ausbreitung der Ortshäuser Hindernisse entgegenzusetzen, mußte die Industrie in großer Zahl auch solche Arbeiter beschäftigen, deren Wohnverhältnisse weit von den Arbeitsstätten liegen. Kaufleute von Arbeitern machen täglich den Weg mit der Bahn zur Arbeitsstätte, andere benutzen das Fahrrad als Beförderungsmittel und müssen oft in der Nacht früh aufstehen und mehrstündige Wege zurücklegen, um am Morgen rechtzeitig zur Früharbeit anfahren zu können. Wieder andere, die in den westlichen und nördlichen Gebieten Oberschlesiens, so in den Kreisen Groß-Strehlitz, Kreuzburg, Oppeln, Leobschütz, Reiche, zu Hause sind, vereinigte sogar in der Frieger- und Ramsauer Gegend, wohnen während der Woche in den Schlafhäusern der Verbau und fahren nur am Sonntag zu ihren Familien. Durch die Grenzschließung hat sich das Wohnproblem für die Arbeiterchaft des Industriebezirks noch verschärft, da die Werke in einer tieferliegenden Ebene liegen und das für die Arbeiterchaft in Frage kommende Wohngebiet, in der Hauptrichtung nach Westen, etwa in die Schenkelt eines Winkels von nur 90 Grad eingeschlossen liegt.

Neben der Frage der Wohnlichen Unterbringung der Arbeiter, die zur Zeit ihr Best in der Industrie haben, oder es in Zukunft bei der Besserung der Konjunktur wieder finden werden, ergibt sich gleichzeitig die andere, was aus den Arbeitern werden soll, für die selbst in besseren Zeiten mit einer Unterbringung in der Industrie nicht mehr gerechnet werden kann. Zahlreiche Arbeiter müssen entweder ganz aus der Industrie herausgenommen oder auf andere Weise wirtschaftlich so gestellt werden, daß sie sich bei nicht voller Beschäftigung in der Industrie, die sich ja schon durch die jahreszeitlichen Konjunkturschwankungen ergibt, nicht in Not geraten. Was zunächst die Arbeiter anlangt, die am weitesten entfernt von den industriellen Kleinbetrieben wohnen und großenteils dem landwirtschaftlichen Kleinbau angehören, so dürfte es möglich sein, diese in der Weise zu stellen, wie dies heute, die noch die lebendige Säulen mit der Landwirtschaft haben, durch Anliegerfiedlung

genügend Land für eine selbständige Ackernutzung erhalten würden. Die Zahl dieser entfernt wohnenden Arbeiter, die bei den jetzigen Verhältnissen nur einmal in der Woche nach Hause fahren können, wird auf rund 5000 geschätzt. Befreiungen der möglichen Stellen, wenigstens einen Teil von ihnen dem Lande ganz zurückzugewinnen, sind im Gange.

Weit größer ist die Zahl der Arbeiter, die entweder im Industriebezirk selbst heute in unzureichenden Wohnungen hausen müssen, oder die auf mehr oder weniger günstig zur Arbeitsstätte kommen. Das Ziel ist, die Arbeiter nach Möglichkeit innerhalb eines Umkreises so unterzubringen, daß sie ihre Arbeitsstätte durch einen Weg von höchstens einer Stunde entweder mit Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel oder zu Fuß und auf dem Fahrrad erreichen können. Die Möglichkeit hierzu bietet die Kleinriedlung am Rande des Industriegebietes. Dabei muß eine gewisse Zone um den Industriebezirk herum von der Befriedlung mit Rücksicht auf den nächsten Kohlenbergbau freigehalten werden. Um die vielen Arbeiter, die Siedlungen am Rande des Wohnungsbedarfes zu decken, der sich aus dem natürlichen Bevölkerungszuwachs ergibt, wird es für die Dauer von sechs bis sieben Jahren erforderlich sein, für die Zwecke der vorstehenden Kleinriedlung alljährlich je 10- bis 15000 Morgen Land zur Verfügung zu stellen. Die industrielle Arbeiterchaft wird dadurch in die Lage versetzt, wenigstens einen Teil ihres Lebensbedarfs aus der eigenen Scholle zu decken und so die Krisenperioden der Felerlöschten oder der Kurzarbeit leichter zu überstehen.

Da in der Nähe des Industriebezirks kein Überfluß an geeigneten Grundstücken vorhanden ist, bedürfen diese Siedlungen der sorgfältigen Planung, um es weder die Siedlerhaft von den dort Lebenden abzuheben, noch eine Siedlung zwischen beiden herfallen. Die Planbearbeitung für diese Siedlungen am Rande des Industriebezirks ist im Gange.

Mit dem Seedenen nach Ostpreußen!

Ostpreußenfahrt.

Bei Sonnenfchein nahmen wir Abschied von Stettin. Die „Berlin“ trägt uns, von früherer Brise begleitet, den bekannten Weg bis Swinemünde. Dort erwartet uns die „Banjslohd Danzig“. Und nun überkommt die Seefahrt eine kolossale Natur, wenn mit den entsetzlichen Uferbildern der Pommerfchen Bucht auch alle Angste und Rote zurückbleiben. Dieses Saaleen ist auf jenseitigen Docks dieses sorglose Polen übers Meer! Dieses ewige Hungertreiben vom Rüstestau und die Strände, wenn einem fremde Schiffe begegnen: Kleine Frachter, die gemächlich über die Wellen torkeln, Segelschiffe, die noch „von damals“ sind und viel, viel Zeit zu haben scheinen; und wenn man Glück hat, sieht man in der Ferne großer Dampfer dahinzuleiten. „Sogharzofy-frenk-fry, die Worte über das schimmernde Meer. An der Steuerbordseite begleitet uns in greifbarer Nähe die pommerfche Küste. Dann und wann wird der dunkle Landstreifen von den Lichtern der Städte unterbrochen, und die Strahlenbüschel der Seewächtern fließen weit übers Meer.

Um 10 Uhr hört die Kanonik auf, die Decklampen bekommen ihre Kostmühen auf, wir strecken uns zur Ruhe aus. Das Summen der Motore fällt uns in einen kurzen Schlaf. Schon sehr zeitlich blicken wir nach der Morgenswache in die geheimnisvolle Dämmerung des nordfischen Sonnens und in das fiberraudende Rauschmeer. Roth schimmert das Meer blaugrün und rein. In den Vermittlungsstunden verfiel sich die anfänglich frühe Brise. Es rollen so hübsche, lange Wogen, daß sich der Ostpreußenfahrer mit bleichen Wangen dalihen . . . Aber in der Danziger Bucht glättet sich wieder das Meer. Es erwaht wieder die Freude am Wasser mit seinen tausend forsbigen Wundern.

Ostpreußen vorotagert wie ein ungeheurer Wadrturm, ragt das Samland in die Offsee hinein. Wie an Ketten hängt es in den langen, schmalen Dämmern der Rebrung. Wir wandern auf gemüden Wogen an der Samlandküste auf und ab, sehen zwischen den zigen Schmalstränden die See in funkelnder Bläue, all die kleinen, birtellen Kiesel nuten am Strand, die großen Granitblöcke, an die krollende Wellen klatschen. Am Strande bei Groß-Kubren und Georgenswalde liegen Silberborte hochgezogen am Strand, und auf den Stangen blauen dampfende Rote. Es ist so lärmlich. Deshalb fehlen die törenden Sündern, und es ruhen die Nüchbergeruben, aus denen lonft der bartige Rausch des schmelenden Seiers steigt. Die letzte Wegstrecke bis Rauschen-Büne führt zwischen steilen Uferwänden dahin, über die sich das schattige Aushub hoher Finden, Buchen, Eichen und Eichen wald. Noch einmal geht's zur Striküste empor. Aufschreibend: schneift der Blick über das Samland, die hübsche Felder zur Rechten und über das weite Meer zur Linken, dessen Wogen in melofischem Gefäuf an den Strand rollen, bis uns die Samlandbahn bis Eranz an die Kübrische Rebrung heranbringt, die sich als schmaler Landstreifen in einer Länge von 97 Kilometer in lanftem Wogen zwischen der Offsee und dem Kübrischen Hoff bis nach Memel erstreckt.

Von Eranz aus geht es zunächst durch schönen Hochwald, in dem — nach dem Bericht der Vogelwarte Kollitten — Wanderfalke, schwarzer Milan und Wulfsard brüten und früher Seeadler bauten. Möglich schimmert es weiß durch die Büsche: Das erste Rebrungsdorf Sarkan. Nach kurzer Rast in der Jugendberberge geht's weiter. Mit einem Male endet der Wald. Die Wüste umfängt uns, und rotets am Hoff beginnen die Wanderdünen. Eben noch das die-fällige Voben des Waldes, jetzt eine fast unheimliche Stille. Wir gehen den fast anfehenden Abhang der Wanderdüne hinauf. Das Auge verliert den Maßstab, weil es keine Vergleichspunkte findet. Nur Sand und immer wieder Sand! Dort die grüne, gekräufte See, hier das blanke Hoff, in der Mitte die gelben Dünen, an denen Wind und Sturm unablässig weifeln. Nach Stunden taucht der Roffitener Wald auf. Der Schatten der Bäume tut sich auf, das Möwenkreisel bei Kollitten ist in Sicht. Tausende von weißen Vögeln weichen fahrend durch die Luft und auf dem Wasserpiegel

find Scharen von Enten und Tauchern! Hier, an der natürlichen Brücke des Vogelzugs liegt die berühmte Vogelwarte, von Prof. Dr. Chienemann im Jahre 1901 gegründet.

Rönigsberg, Stadt im deutschen Land, wo Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so dicht beieinander wohnen, Mittler auf dem Wege zum Reich, Tor und Brücke zum Osten liberragt von dem festsigsten Massio des wuchtigen Ordensstiftes. Durch einen engen Korridor gelangen mir in die Weite des Schloßhofes, der bei einem Rundgang die Gefefichte des nahezu 700jährigen Baues ausplaudert. Auf der Pregelinsel befinden wir den alten gotischen Dom und an seiner Korofeite das Gedr o m a l J u m a u e l K a n t s. „Auf dem“ Judaspruch freut sich der neue Unerschalt das Denkmal des kleinen Magisters, das im Gefichtsausdruck Wohlwiltigkeit und Warmherzigkeit atmet und die Gestalt des Gelehrten als Vordenker darstellt, der seine Gefese über Pflichtenfüllung verkündet. Von der alten Unerschalt, in der Kant seinen Lehrstuhl innehatte, kommen mir noch wenigen Schritten zum alten Hafen, in das Gemirr der alten Speicher und laufen dem Rhythmus der tätigen Arbeit, und dann am Renallanecbau der Börse vorbei zum neuen Hafen — neben Stettin, dem einzigen des deutschen Ostens, seitdem Danzig polnifchem und Memel litauifchem Einfluß unterworfen wurden.

Im südlichen Ostpreußen: Das Auge fchaat fuffgeschwungene Hügelketten, über die Kiefern und Buchenwälder rauschen. Gemaltige Weideflächen mit prächtigen Pferden und großen Kühenherden wechseln mit weiten Kornfeldern. Es grüßen fremdlände Dörfer, aus deren Wäunnen sich farblich die roten Türme alter Ordenskirchen heben. Es ist die Landchaft, in der sich die großen Schlachten des Weltkrieges abgepielt haben, Lauenberg und die Molarenfchlacht, von denen die jahllosen Grabkreuze noch heute Zeugnis ablegen. Bei Hohenstein, wo die Hauptkämpfe stattfanden, erhebt sich das Lauenbergdenkmal, dessen acht felfgeschlossene Türme, dessen Ehrenhellen und Erinnerungskämpfe zur Einheit mahnen im Sinne von Hindenburgs Hammerpruch:

Den Gefallenen zum ehrenden Gedächtnis,
den überlebenden zur ersten Mahnung,
den kommenden Gefelchtern zur Nachheifrung.

Dann wieder nach Rorden. Wir gleiten auf fchmuckem Motorfifff den Oberländifchen Kanal hinauf bis nach Elbing, von wo uns die Marienburg, die größte und umfangreichste Burganlage des Abendlandes zur Weifeln ruft. Über Verburg und Mittelfloß, über Brückter und Hofmeisterpalast schneigt sie sich zu der dreifach beberrten Hauptburg des Hochschloßes empor. Auf der Mitte zwischen Hoff und Weifeln, zwischen Elbing und Marienwerder gründete der Deutsche Ritterorden einst das Rogatkollit und fchauf damit das mächtigste Tor, durch das deutscher Rittergeift, deutsche Kunst und deutliches Volkstum die Wände der Pruzen zogen. Herrliche Räume durchföhreten mit im Zentrum, große Kiemer mit hohen höl-gotischen Sternengewölben, an granitene Pfeiler gefüßt, überall vollendete Backsteingotik, baulicher Ausdruck einer herben, farken und edlen Ordensgemeinschaft.

Suletzt befinden wir Danzig, die alte, deutsche, treue Stadt. Oft schon war sie in Gefahr. Auf Polen, Schweden, Rußen und Franzosen saßen ihre Türme herab. Aber immer wußte sie sich stark zu halten, immer blieb sie deutsch. Auch jetzt wieder überherrscht fremde Macht diese Stadt. Aber wird man in St. Marien von der herrlichen Gotik umfungen und schneift dort der Blick empor, dann weicht alle Gedrücktheit, dann fcheint selbst die Wogenung des gemaltigen Raumes den Gedanken, die sich zum Lobe deutscher Werte gefalten, kein Halt mehr zu gebieten, dann wird man mit einem unerföhlicheren Glauben an die deutsche Zukunft dieser Stadt und dieses Landes erfüllt.

Walter Juchbrügge, Stettin.

Glückliche Reise für Mutter und Kind!
Löst eine Spendenkarte



für die

Buchbesprechungen.

Bibliographische Vierteljahresschäfte der Weltkriegsbücherei: Polen. Die Weltkriegsbücherei in Stuttgart, Schloß Rosenstein, deren Bücherbestand im Laufe zweier Jahre auf über 75 000 Bände anwachsend ist, umfaßt das gesamte Schrifttum aus Verlagen, Verleihs- und Folgen der Weltkriegsbücherei. Im ersten Teil des 150 Seiten umfassen den 1. Band (Preis 1,50 RM.) gibt der bibliographische Jahrgang der Weltkriegsbücherei Dr. W. Schinnerer, eine systematische Zusammenstellung der gesamten einschlägigen, Polen betreffenden Literatur, ein Verzeichnis von etwa 1500 Büchern, nach Sachgebieten geordnet und durch ein Verfasserverzeichnis übersichtlich gemacht. Diesem 1. Vierteljahresschäfte werden weitere folgen, in denen andere, jeweils bestimmte Länder oder Sachgebiete betreffende Literaturzusammenstellungen gegeben werden. Die Neuwerbungen der Weltkriegsbücherei werden in besonderen Verzeichnissen des Vierteljahresschäftes beigelegt.

12 Monate nationalsozialistischer Außenarbeit im Freistaat Danzig. Herausgegeben vom Senat, Abteilung für Volkserklärung und Propaganda, 1934, 64 Seiten. Die unangebrachte Arbeit, die der von Dr. Kaufmann geführte Senat im ersten Jahre nationalsozialistischer Herrschaft am Aufbau und an der Konsolidierung der Freien Stadt geleistet hat, wird hier für jedes einzelne Arbeitsgebiet von den zuständigen Senatoren und sonstigen amtlichen Sachbearbeitern eingehend dargestellt. Es ist ein Rechenschaftsbericht einer Regierung, die vom Volke berufen wurde und dem Volke sich verantwortlich fühlt. Es ist notwendig, daß jeder im Reiche sich mit dem Gang der Dinge in diesem staatlichen Außenposten des Deutschen Reichs eingehend befaßt. Die vorliegende Broschüre gibt die Möglichkeit hierzu.

Die Vererbterung. Ihre Gefahren für Volk und Staat vom Standpunkte der Lebensform und der Gesellschaftswissenschaft. Von Prof. Dr. Hans J. R. Günther. Verlag W. G. Lubner, Leipzig und Berlin, 1934, 54 Seiten; kart. 1,50 RM. — Der durch seine bahnbrechenden Werke über die Rassenfrage bekannte Senar Gerdebrte und Vorkämpfer der nationalsozialistischen Lebensformung, steht in diesem Buch die wichtigsten Einwirkungen der ethischen und geistigen Vererbterung auf das Leben der germanischen Völker. Freiheit und Gleichheit sind so lange die geeigneten Grundgesetze eines Staatswesens, als das Volk überwiegend aus bürgerlichen Freijohlen besteht. Erst die Vererbterung darf diese alten Grundlagen der von Menschen nortischer Rassen getragenen Staaten zu respektierenden Kräften gemacht. Man kann um so demokratischer, je so freibürgerlicher regieren, je abstemlicher ein Volk gesinnt ist und je bürgerlicher es lebt. Je stabilärer aber ein Volk lebt, desto mehr versteht es unter „Demokratie“ etwas Besseres zu verstehen, etwas Besseres zu befolgen und etwas Besseres zu tun. Die Vererbterung bedeutet die Befreiung des Ausländers von ethisch-bürgerlicher Familien und die Gefahr der Entzweiung vieler Familien durch eine Entlassung technischer und geistiger Kräfte, deren Wert für das Gedeihen des Ganzen von diesen Menschen nicht mehr überleben werden kann. Entlassung derart tut not! Das ist der Schluss, zu dem Günther durch seine Betrachtungen kommt; er erinnert an das Hitlerwort — und sein Buch ist ein Beweis für die Wahrheit dieses Wortes: „Das Deutsche Reich wird ein Völkerrreich sein, oder es wird nicht sein!“ Dr. R.

Deutschland, gestern und heute. Von Johannes Schmidt-Wodder. Wilhelm Braumüller, Verlag, Wien-Leipzig 1934, 122 Seiten, Brosch. 2,40 RM. — Der Verfasser ist seit vielen Jahren der Führer und Vorkämpfer des norddeutschen Deutschlands. Als bewährter Auslanddeutscher geht er an die Betrachtung der deutschen Entwicklung nach dem Kriege heran. Der größte Teil des Buches wurde schon längere Zeit vor dem Durchbruch des Nationalsozialismus im Reiche geschrieben. Ein Schlusskapitel befaßt sich mit der deutschen Revolution. „Die religiösen Hintergründe“, „Die Überwindung des Liberalismus“, „Deutschland zwischen West und Ost, Süd und Nord“, „Rationalisierung auf Grund des Arbeitsmangels“, „Normen der Siedlung“ usw. — Das sind einige der Unterabteilungen dieses Buches eines auslanddeutschen Führers, der einige der freibürgerlichen Kräfte der deutschen Erneuerung freijohlig erkannte.

Richtlinien für die heimatkundliche und kulturpolitische Arbeit der Landesgruppe Ostmark des BDO. Dieses 22 Seiten umfassende Heft enthält eine große Anzahl

Geheimrat Georg Kleinow

führt sich durch die im „Ostland“ Nr. 12 vom 23. März 1934 enthaltene Besprechung seines Buches „Der Verlust der Ostmark“ verzieht. Selbstverständlich hat bei der Abfassung der Besprechung nicht die Absicht bestanden, den Leser des erwähnten Buches zu kränken. Wenn in der Besprechung ein Satz dem Kleinow'schen Buche („Es ist das Wortrecht des Soldaten, nicht des Politikers, den Tod fürs Vaterland zu erleiden“) zitiert und mit einem Kommentar versehen worden ist, so natürlich nicht, um die hier überflüssige Frage nach dem persönlichen Mut aufzuwerfen, sondern um an einem scharf formulierten Satz hervorzuheben, daß im Jahre 1919 offenbar auch in den Kreisen derer, die sich für die Ostmark verdammt haben, Anschauungen geherrschet haben, die man heute schwerlich noch als zeitgemäß anprechen kann. Dr. Riedel.

verzoelter Anweisungen für die systematische Ausgestaltung der BDO-Arbeit. Neben dem Landesleiter Sr. R. Kriebel befaßt sich u. a. Reichsleiter Dr. Volkmann, A. Strukat, S. Wjchke mit den Aufgaben, die den im Bund Deutscher Osten zusammengefaßten Mitarbeitern an der aufbauenden Kulturarbeit Ostdeutschlands auf heimisch- und volkskundlichen und -geographischen Gebieten zu leisten sind. Es wird dargelegt, wie z. B. die historische Forschungsarbeit von unten her aufzubauen ist, wie sich durch die oft missverstandene, aber stets dankbare Kleinarbeit an Familien-, Dorfchroniken usw. eine neue Heimat- und selbstgebundene Geschichtsbetrachtung schaffen läßt. Über Arbeitsmöglichkeiten und -verpflichtungen wird in der vorliegenden Broschüre Auskunft gegeben. Was zur Wiederverwertung und -Pflege aller, oft halbverworfenen und mißbrauchten Volkskultus, wie Märchen, Erzählungen und Lieder, getan, wie aus dem Erlebnis der neuen Zeit heraus neues Volksgut geschaffen werden kann, wie jeder einzelne sich in diese Arbeit zur eigenen Freude und zum Nutzen des Ganzen im Rahmen des BDO einfinden kann, darüber gibt diese Broschüre Auskunft. Es gehört daher in die Hand jedes BDO-Mitgliedes. Zu beziehen zum Preise von 0,55 RM. durch die Geschäftsstelle der Landesgruppe Ostmark des Bundes Deutscher Osten (Frankfurt/Ober, Junkerstr. 8).

Prof. Dr. Hans Koch

Der Wiener Privatdozent Dr. Dr. Hans Koch, der sich durch seine Spezialkenntnisse auf dem Gebiet der christologischen Kirchengeschichte bereits einen internationalen Ruf erworben hat, ist als ordentlicher Professor für osteuropäische Kirchengeschichte an die Universität Königsberg berufen worden. Wie wir hören, beabsichtigt Professor Dr. Dr. Koch im Juni von Wien nach Königsberg überzusiedeln. Dr. Koch ist ein galizischer Deutscher und auch im Polener und Pommereller Gebiet als Redner auf verschiedenen kirchlichen Tagungen bekannt. Sowohl den philologischen wie den theologischen Doktorgrad erwarb er mit Arbeiten aus der silesischen Kirchengeschichte. Im Jahre 1929 habilitierte er sich als Privatdozent an der Universität in Wien.

Senator Hofmiedt

Der Danziger Senator Hans Albert Hofmiedt ist Anfang Juli als Abteilungsleiter in die Oberteilung der DO, der NSDAP, nach Berlin berufen worden. Hofmiedt ist geborener Danziger; seine Familie besitzt dort seit 1597 Bürgerrecht. Er gehört der NSDAP seit 1923 an, gründete im Oktober 1925 die Ortsgruppe Danzig und war von 1926—1928 Gauleiter des Gau Danzig. Er war im Danziger Senat bis zum 1. März 1934 als Leiter der Sozialen, ferner Führer des Danziger Beamtenbundes und Abteilungsleiter j. B. D. der Obersten Leitung der DO, Amt für Arbeit.

Prof. Vorhard

Der frühere dirigierende Arzt der chirurgischen Abteilung des Diakonissenhauses Posen, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. August Vorhard, feiert seinen 70. Geburtstag.

Familiennachrichten.

Heirat: Frau Emma Czernik, 17. in Breslaustraße 6. Gnesen, jetzt Berlin R 20, Gertr. 18, am 9. 7. 30 Jahre. — Rottweilbürgerin L. H. Wirth R 11 n 2, Büttelmannsgeeg. Wittenberg, 30, am 7. 7. 30 J. — Letztere über 30 Jahre bei Rottweilheimer K. u. M., viele Jahre war er Hauptkassierin und hies. Bürgermeist. während des Krieges war er ehrenamt. Bürgermeist. er gehörte dem Kreisratshaus an und war Mitglied des evangel. Kreisvereins sowie der Protestantischen Diakonisse-Kolonie erwarb sich für seine Verdienste um die Stadt sein Stadtbürgerrecht.

Wahl: Herr Dr. R. Richter und Frau in Gnesen (Kreis Gnesen) wurden in Wittenberg bei den allgemeinen Wahlen zum Reichstagsparlament Dr. Hans von Wöfen die Einkünfte des Publikationsverlags vor.

Wahl: August Junz, Hauptlehrer i. H. in Dresden a. Am. Postamt. — Fähringen (Kreis Gnesen) am 25. 6. 30 Jahre. — Kreis-Bezirksinspektor J. H. Zehrer (Kreis in Gnesen) am 18. 6. 30 Jahre. — Er gehörte zum Magister in Gnesen 1927 bis zu seiner Pensionierung 1930, und war zeitw. Kreisinspektor in Gnesen und zeitw. Kreisinspektor des hiesigen Stellenvermittlungsdienstes. Nach seiner Pensionierung kam er zum hiesigen Kreisratshaus und dann unter Beförderung zum Kreis-Bezirksinspektor am hiesigen Postamt.

Wahl: Kreisinspektorin feierte am 1. 7. 30 Jahre. — Kreis-Bezirksinspektor Karl S. L. Kötzing (Kreis Gnesen) am 25. 6. 30 Jahre. — Kreis-Bezirksinspektorin August Wöfen.

**Deine Ferien
nur in der
deutschen
Ostmark!**

**Ischias-, Gicht- und
Rheumatismskranken**

teile ich gern **kostenfrei** mit, wie ich nach Jahren von meinem Ischias- und Rheuma leiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.

Jean Stilling, Rentnervogter, Frankfurt/Ob. 69
Dr. Schwarrenstraße 56.